

# Editorial „Neue Wege für den ÖGD“

Leserbrief zum Editorial „Neue Wege für den ÖGD“ im „Ärzteblatt Sachsen“, Heft 4/2022, Seite 4

Die sehr guten Hinweise, Kritiken und Verbesserungsvorschläge am gegenwärtigen Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) in Sachsen von Dipl.-Med. Petra Albrecht, Vizepräsidentin, im „Ärzteblatt Sachsen“, Heft 4/2022, möchte ich hiermit loben und konkrete weitere Möglichkeiten zur dringenden Änderung vorschlagen.

Vorschläge für die Modernisierung des gegenwärtigen ÖGD, nicht nur in Sachsen:

1. Die Ärzte im ÖGD müssen auch nach den Regeln des „Marburger Bundes“ bezahlt und behandelt werden, also gleich den Ärzten in Krankenhäusern oder in der Ambulanz.

2. Die fachliche Unterstellung des ÖGD unter die jeweils politisch gewählten Landräte oder Oberbürgermeister muss aus arbeitsrechtlicher Sicht geändert werden, da sonst viele festgestellte Hygienemängel im betreffenden Kreis oder Stadt nicht genannt werden dürfen. Fachlicher Vorgesetzter muss ein unabhängiges „Landesgesundheitsamt“ sein.

3. Es müssen deshalb in Deutschland endlich von der gegenwärtigen aktuellen Politik unabhängig ein fachspezifisches „Bundesgesundheitsamt“, je ein „Landesgesundheitsamt“ und „Kreisgesundheitsämter“ gebildet werden, die das wissenschaftliche und praktische Niveau der gesamten Aufgaben der ÖGD kennen und berücksichtigen. Berufspolitiker in den Ämtern und Ministerien ohne ausreichende Fachkenntnisse befehlen oft falsche Entscheidungen – siehe Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie seit 2020 (notwendige Fachbereiche siehe „Fulda-Resolution von 1995“, die von ost- und westdeutschen Fachexperten kurz nach der Wiedervereinigung formuliert wurde).

4. Negative Personalentwicklung: Durch die Kreisstrukturreform am 1. Juli 2008 wurden die 29 Kreise in Sachsen in 13

Kreisen neu zusammengefasst. Derartig territorial große Kreise sind von dem reduzierten Personalbestand, verringerten Standorten und Finanzmitteln des Öffentlichen Gesundheitsdienstes nicht mehr fachgerecht, gesetzeskonform und lückenlos betreibbar, da der ÖGD meist vor Ort tätig werden muss. Auch die gegenwärtige Arbeitsbelastung durch den Flüchtlingsstrom erfordert nicht nur zusätzliche Kapazität bei der Polizei, in der Justiz, den Zulassungsbehörden, sondern auch im ÖGD und der LUA wegen des notwendigen Infektionsschutzes. Der Personalbestand der LUA Sachsen allein im Bereich Humanmedizin für den ÖGD (es gibt noch die Bereiche Lebensmittelchemie und Veterinärmedizin) ist von 530 Vollzeitplanstellen (VZA) vor der Wende 1989 über 264 VZA 1993 auf 85 VZA 2015 (= um 84 Prozent) gesenkt worden; ein weiterer Stellenabbau ist geplant. Der Standort Leipzig der LUA wurde geschlossen, in Chemnitz die mikrobiologische Diagnostik abgebaut. Der genaue Umfang des Stellenabbaus im ÖGD der Kreise ist zahlenmäßig nicht ohne weiteres zu ermitteln, offizielle Zahlen liegen nicht vor oder werden öffentlich auch auf Anfrage nicht bekannt gegeben. ■

Prof. Dr. med. habil. Siegwart Bigl,  
Chemnitz

## Hinweis der Redaktion

Wir bedanken uns ausdrücklich bei Prof. Bigl, der sich auch nach seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben im ÖGD Gedanken über dessen weitere Entwicklung macht. Seine Vorschläge zur strukturellen Anbindung von ÖGD-Behörden sind allerdings nicht sachgerecht. Zur Umsetzung der notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen genügt

nicht nur Fachverstand, sondern es müssen auch die geeigneten Mittel zur Umsetzung vorhanden sein (behördliche Anordnungen). Insofern müssen Institutionen des ÖGD immer in eine Behördenstruktur eingebunden sein und können nicht in einem unabhängigen fachspezifischen Raum existieren. Recht hat Prof. Bigl, wenn er eine ausreichende personelle Ausstattung der Gesundheitsämter (GÄ) und Landesbehörden des ÖGD mit angemessener Bezahlung fordert.

Diese Aufgaben werden bereits angegangen. Durch den Pakt für den ÖGD werden in den Jahren 2020 – 2022 250 zusätzliche Stellen im ÖGD Sachsen (bundesweit 5.000) geschaffen. Davon werden 226 neue Stellen in den sächsischen GÄ und 24 auf Landesebene (SMS; LUA; Landesdirektion) besetzt. Aus diesem Pakt werden für die ärztlichen Stellen der GÄ außerdem finanzielle Zulagen gezahlt. 2,5 Millionen Euro wurden den GÄ bereits 2020 zur Verbesserung der digitalen Ausstattung zur Verfügung gestellt. Dazu kommen in den nächsten Jahren noch einmal circa 18 Millionen Euro zur Verbesserung der digitalen Prozesse innerhalb des ÖGD im Freistaat. In Aus- und Fortbildung sollen in den nächsten Jahren zusätzliche Gelder fließen.

In Dresden und Leipzig werden an den medizinischen Fakultäten drittmittelfinanzierte ÖGD-Professuren errichtet, um auch im Bereich ÖGD die Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern. Vieles davon ist bereits auf den Weg gebracht. In einem späteren Artikel im Ärzteblatt werden wir darüber umfassender informieren. ■

Dipl.-Med. Heidrun Böhm  
Mitglied des Redaktionskollegiums  
„Ärzteblatt Sachsen“